

Schauspiel Leipzig

DIE
SCHUTZ-
FLEHENDEN
/
DIE
SCHUTZ-
BEFOHLENEN

Aischylos, aus dem Griechischen
von Dietrich Ebener / Elfriede Jelinek

Ellen Hellwig
Julia Preuß
Bettina Schmidt
Hartmut Neuber
Michael Pempelforth

Premiere: 2. 10. 15. 19³⁰
Schauspielhaus
Spieldauer 2:00, keine Pause

Chor „Die Schutzfliehenden“

Martin Biederstedt
Frank Blumentritt
Erik Born*
Jens Brosig
Ulrich Brückner
Len-Henrik Busch
Andreas Dyszewski*
Heiko Fischer
Johannes Fleischer
Florian Fochmann
Günther Heinicke
Marcus Herrmann
Christian Humer
Robert Keller
Tim Kranhold
Frank D. Krüger
Loris Kubeng*
Kai Müller
Michael Peter
Miloslav Prusak
Ingbert Puhmann
Reinhard Schäfer
Klaus Schaffranek
Kay Schwarz
Ron Uhlig
Brian Völkner*
Jörg Wesser
Sören Zweiniger

Chor „Die Schutzbefohlenen“

Birgit Blaßkiewitz
Heidemarie Brosig-Brill
Sabine Brückner
Antonia Maria Cojaniz
Katrin Cunitz
Jennifer Demmel
Lenore Dietsch
Anke Dück
Ulrike Feibig
Gabriele Freitag
Luise Kind
Jenny Kühl
Rosemarie Langberg
Birgit Morkramer
Carmen Orschinski
Brigitte Puhmann
Katrin Rivera
Uta Sander
Mirjam Schneider
Jana Schroeter
Stefanie Schwab*
Birgit Steiner
Lara Waldow*
Susanne Zaspel

*Studierende der Hochschule für Musik und Theater
„Felix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig

Statisterie: Jenny Hahnel, Felicitas Olk,
Marcus Bornschein, Martin Uhlig

Klaus J. Bade im Gespräch

Sie haben geforscht zu den Erfahrungen und zum Umgang mit der Migration in die Bundesrepublik seit den 1960er Jahren. Was sind Ihre wichtigsten Erkenntnisse? Und wie sah es damals mit der „Willkommenskultur“ aus?

Seit dem Bau der Mauer 1961 und dem damit verbundenen Ende des Zustroms aus der DDR stieg in der Bundesrepublik die seit Mitte der 1950er Jahre laufende Anwerbung von „Gastarbeitern“ beiderlei Geschlechts für den Arbeitsmarkt abrupt in die Millionen. Am Anfang hatte der deutsch-italienische Anwerbevertrag von 1955 gestanden. Er gab den Auftakt zur amtlich organisierten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ins Land des „Wirtschaftswunders“. Es folgten Verträge mit Spanien, Portugal, Griechenland, Jugoslawien, Marokko, Tunesien und 1961 mit der Türkei.

Für diese Zuwanderungen gab es jahrzehntlang keine zukunftsweisenden Konzepte. Das galt auch bei dem immer deutlicher werdenden Übergang von Arbeitswanderungen über Daueraufenthalte in echte Einwanderungsprozesse seit den späten 1970er Jahren. Defensive Erkenntnisverweigerung prägte die hilflose konservative Abwehrformel: „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland.“ Und sie dürfe auch keines werden – weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Diese realitätsferne Verweigerungshaltung hat viele gesellschaftspolitische Gestaltungschancen verschüttet, Integrationsprozesse von Einwanderern künstlich verlängert, unnötig erschwert und viele Deutsche lange ratlos zurückgelassen.

Eine „Willkommenskultur“ gab es damals nicht; denn das muss mehr sein als freundliche Willkommensgrüße für Neuzuwanderer am Hauseingang: Willkommenskultur muss auch den schon lange, heute schon seit Generationen im

Hause lebenden Einwanderern gelten, denen aber unter dem Stichwort „Integrationsland“ in der Regel nur einseitige Anpassungsprozesse abverlangt wurden. Und „willkommen“ waren die „Gastarbeiter“, ihre Familien und Nachfahren seit dem „Anwerbestopp“ von 1973 ohnehin kaum mehr. An die Stelle von längst vergessenen Willkommensgrüßen traten Anfang der 1980er Jahre vielmehr Konzepte zur „Förderung der Rückkehrbereitschaft“ und das Angebot von „Rückkehrprämien“. Dass das alles schließlich, um den Preis unnötiger Belastungen für viele Einwanderer, insgesamt zu einer relativ positiven Integrationsbilanz geführt hat, um die uns manche im Ausland beneiden, grenzt fast an ein Wunder. Dafür müssen sich nicht die Einwanderer von damals bei uns, sondern wir uns bei ihnen bedanken.

Gibt es Forschungserkenntnisse auch zur Situation, wie sie in der DDR war?

Im Wanderungsgeschehen in West- und Ostdeutschland war vieles gegensätzlich: Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten wurden im Westen „Heimatvertriebene“, im Osten euphemistisch „Umsiedler“ genannt. Was im Westen jahrzehntlang von einflussreichen Vertriebenenorganisationen öffentlich als „Recht auf Heimat“ eingefordert wurde, blieb in der DDR als „Umsiedlerproblematik“ lange tabuisiert mit Rücksicht auf die östlichen Nachbarn. Im Westen überdauerte die Zuwanderung von „Aussiedlern“ aus Ost- und Südosteuropa das Ende der Vertreibungen. Im Osten gab es nur wenig Aussiedlerzuwanderung.

Gegensätzlich war auch die Asylentwicklung in West und Ost: Im Westen stieg die Zuwanderung von asylsuchenden Flüchtlingen seit den frühen 1980er Jahren stark an. In der DDR blieb sie niedrig, abgesehen von besonderen Gruppen, zum Beispiel nach dem Sturz von Allende in Chile: Die sozialistischen Chilenen wurden in der DDR als politische Flüchtlinge aufgenommen, in der Bundesrepublik hingegen in der Regel als potentielle Terroristen abgelehnt.

In der DDR dominierten insgesamt nicht Zuwanderung und Eingliederung, sondern Abwanderung und Ausgliederung durch Übersiedlung oder Flucht in den Westen. Das wurde im Kalten Krieg vom Westen sehr begrüßt, denn es galt als Abstimmung mit den Füßen in der Konkurrenz der Systeme und war wünschenswerter Arbeitskräftezufluss zugleich. In der DDR hingegen war der illegale Weg in den Westen als sogenannte „Republikflucht“ ein Straftatbestand und wurde in der öffentlichen Diskussion nach Möglichkeit ebenso totgeschwiegen wie seit Anfang der 1950er Jahre die „Umsiedlerproblematik“.

Auch in der DDR gab es, wenn auch in vergleichsweise geringem Umfang, Ausländerbeschäftigung auf der Grundlage von Regierungsabkommen. Die Ausländer beiderlei Geschlechts stammten hier zuletzt vorwiegend aus Vietnam und Mosambik. Sie schufteten, wie ehemals die „Gastarbeiter“ im Westen, oft in von einheimischen Kräften wenig geschätzten Beschäftigungsfeldern mit harten Arbeitsbedingungen, zum Beispiel zu drei Vierteln im Schichtdienst. Sie lebten und arbeiteten unter restriktiven aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Bedingungen, oft auch relativ isoliert. Kontakte von DDR-Bürgern mit ihnen waren in der Regel berichtspflichtig. Die Ausländerbeschäftigung wurde in der DDR in der Regel offiziell totgeschwiegen, dementiert oder als Ausbildungswanderung verharmlost.

In den Vereinigungsprozess brachten die Deutschen in West und Ost also, neben vielen anderen ungelösten Fragen, auch in beiden deutschen Staaten ungeklärte Probleme im Umgang mit zugewanderten Minderheiten ein.

Wo sehen Sie die großen Unterschiede zur Situation jetzt?

Wir sind erfahrener geworden im Umgang mit Migration und Integration. Wir haben heute mehrheitlich verstanden, dass Zuwanderung, auch die von Flüchtlingen, weniger Bedrohungen als Chancen bedeutet, besonders im Blick auf die Vergreisung und Schrumpfung der Bevölkerung unter dem

Druck des demographischen Wandels. Wir haben auch gelernt, dass rechtzeitige Investitionen in die Förderung von Integration wesentlich billiger sind als die hohen sozialen Folgekosten gescheiterter Integration.

Was können wir aus den Erkenntnissen der Forschung lernen für das Heute und vor allem für die Zukunft?

Die Geschichte ist kein Steinbruch mit passgerechten Lösungsblöcken für Probleme der Gegenwart und Zukunft. Heute besteht die besondere Herausforderung darin, dass mit dem wachsenden Migrationsdruck auf Europa und mit dem weltweit expandierenden „Raubtierkapitalismus“ (Helmut Schmidt) weltökonomische, weltökologische, weltpolitische und weltgesellschaftliche Systemfragen anstehen, die weder von Deutschland noch von Europa allein beantwortet werden können.

Wir brauchen deshalb eine UN-Weltflüchtlingskonferenz, am besten verbunden mit einer Welt-Flüchtlings-Dekade, in der man sich weltweit mit der Dokumentation, Analyse und Bekämpfung der Ursachen unfreiwilliger Wanderungen beschäftigt. Die Engländer haben zwei wunderbare Worte dazu: „The Empire strikes back“ („Das Imperium schlägt zurück“) und „We are here because you were there“ („Wir sind bei Euch, weil Ihr bei uns wart“), will sagen: Wenn wir uns nicht um die Dritte Welt kümmern, dann kommt sie zu uns!

Die Fragen stellte Torsten Buß für dieses Heft

Prof. em. Dr. Klaus J. Bade, Migrationsforscher, Publizist und Politikberater, lehrte bis 2007 Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück und lebt seither in Berlin. Er war u. a. Begründer des Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), des bundesweiten interdisziplinären Rates für Migration (RFM) und bis Mitte 2012 Gründungsvorsitzender des von ihm konzipierten Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Bade war Fellow/Gastprofessor an den Universitäten Harvard und Oxford, an der Niederländischen Akademie der Wissenschaften sowie am Wissenschaftskolleg zu Berlin.